

"Bürger lassen sich nicht bestechen"

Mit Genugtuung reagieren die stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, PDS im Sächsischen Landtag, Andrea Roth, und Johannes Lichdi, innenpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag, auf den Ausgang des Bürgerentscheids am Sonntag in der Gemeinde Wachau. Dort hatte sich eine klare Mehrheit gegen den Bau des von Müller-Milch geplanten Müllkraftwerkes ausgesprochen und damit auch auf den versprochenen Energiekostenzuschuss verzichtet.

"Der Versuch eines Konzerns, durch Wählerbestechung seine wirtschaftlichen Interessen auf Kosten der Umwelt durchzusetzen, ist auf ganzer Linie gescheitert", so Roth. "Die direkte Demokratie hat über Konzern-Macht gesiegt, und Müller-Milch ist mit seinem Versuch der Wählerbestechung gescheitert." Auch Lichdi bezeichnet die hohe Beteiligung und den Ausgang des Bürgerentscheids als Zeichen für eine lebendige Demokratie". Allerdings sei für ihn das Kapitel damit noch nicht beendet. "Ich gehe davon aus, dass die Staatsanwaltschaft Dresden meiner Strafanzeige nachgeht." Das Ergebnis des Bürgerentscheids sei dabei unerheblich, denn Versuche, sich Mehrheiten zu kaufen, müssten eindeutig zurückgewiesen werden. Der Landtagsabgeordnete hatte am letzten Freitag Strafanzeige wegen des Verdachts auf Wählerbestechung bei der Staatsanwaltschaft Dresden eingereicht, nachdem Sachsenmilch in der vergangenen Woche angeboten hatte, drei Jahre lang für jeden Haushalt in der Gemeinde Wachau jährlich 130 Euro Energiekostenzuschuss zu zahlen, wenn das Müllkraftwerk in Leppersdorf gebaut wird.

Jetzt habe Sachsenmilch die Chance zu zeigen, ob "die neuerdings gezeigte Bürgerfreundlichkeit" ernst gemeint ist, findet Radebergs Bürgermeister Gerhard Lemm (SPD), der "mit großer Freude und Erleichterung" das deutliche Votum gegen eine Müllverbrennungsanlage zur Kenntnis genommen hat.

bl

Quelle: Dresdner Neueste Nachrichten, 12.12.2006 (Rund um Dresden; Seite 16)